

Verflogene Illusionen und produktive Substanz

von Reiner Bernstein *

Die Idee der Zweistaatenlösung hat ihre politische Gültigkeit verloren. Wenn sie nach dem Junikrieg 1967 je eine realistische Chance gehabt haben sollte, dann ist sie an der Nachsicht und der Schwäche der internationalen Staatengemeinschaft gescheitert, allen voran an den USA und den Europäern, deren Unfähigkeit zur Formulierung und Durchsetzung gemeinsamer Interessen gegenüber den Konfliktparteien im Nahen Osten und gegenüber Washington seit langem beklagt worden ist¹. Alle wüssten, wie die Endstatus-Lösung aussehen müsse, so bleibe bislang die wahre Frage unbeantwortet, ob Washington die Absicht habe, um dem Frieden eine hohe Priorität einzuräumen, klagte im März 2009 der frühere US-Botschafter in Kairo und Tel Aviv Daniel C. Kurtzer in einem Vortrag unter Verweis auf die Osloer Vereinbarungen, die „Clinton Parameter“ und die „Genfer Initiative“².

Den jüngsten Beleg für den Fehlschlag, einem lebensfähigen und souveränen Staat Palästina zur Entstehung zu verhelfen, haben die jüngsten Gespräche Benjamin Netanyahus mit dem US-Sondergesandten George J. Mitchell in London und mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin geliefert. Das Resultat ist eindeutig: Man hat im besten Fall aneinander vorbeigeredet. Deutlicher formuliert: Die israelische Politik hat sich fürs erste durchgesetzt. Gleichzeitig können sich die europäischen Außenämter nicht darauf einigen, „was genau ein Siedlungsstopp umfassen müsse“³, obwohl Barack Obama am 23. September vor der UN-Vollversammlung keinen Zweifel daran gelassen hat, dass die USA „einen lebensfähigen, unabhängigen palästinensischen Staat auf zusammenhängendem Territorium [fordern], der die

* Abgeschlossen am 03. September 2009 mit Fortschreibungen.

Besatzung beendet, die 1967 begann⁴ – und somit die Legitimität der Präsenz Israels in den palästinensischen Gebieten bestreitet.

Dieser Tatbestand löst besonders bei denjenigen Enttäuschung und Verbitterung aus, die nicht von der Überzeugung lassen wollten, dass Palästina an der Seite Israels die wesentliche Voraussetzung dafür bildet, die Fundamente des Konflikts zwischen beiden Völkern aufzubrechen: die Fortsetzung der Besatzung mit ihren Begleiterscheinungen – massive Enteignung von Bodenflächen, Anlage von Siedlungen, Hausbesetzungen, empfindliche Bewegungskontrollen der palästinensischen Bevölkerung, Nutzung der natürlichen Ressourcen und Bau von „Trennungsmauern“ tief in der Westbank – und ihre daraus resultierenden Wirkungen: palästinensische Gewalt und Aufstieg des politischen Islamismus mit dem Ziel, ganz Palästina von den „zionistischen Eroberern zu säubern“.

Mittlerweile bedarf es keiner prophetischen Gaben für die Vorhersage, dass der Ausgleich zwischen den rivalisierenden palästinensischen Flügeln schneller stattfinden wird als die Auflösung einer einzigen Siedlung. Längst haben Diskussionen über die förmliche Legalisierung des Siedlungsausbaus die Ebene von Regierung und Parlament erreicht. Würden sie eine entsprechende Entscheidung nach sich ziehen, hätten sich die seit den späten 1960er Jahren vorgetragenen Souveränitätsvorbehalte für „Judäa und Samaria“ endgültig durchgesetzt⁵. Der Sprecher des State Department hat gleichsam im Einklang damit die Erklärung abgegeben, dass sich die USA auf die Übermittlung von Ideen beschränken wollten, um die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Darüber hinaus sei es den Parteien selbst überlassen, welche „Schmerzstellen“ sie angehen.

„Einfältig im Ausland“

Die von Martin Indyk für die Präsidentschaftsära Bill Clintons treffsicher konstatierten konzeptionellen Schwächen und die politische Hilflosigkeit im gesamten Nahen Osten⁶ scheinen – was die Konfrontation zwischen Israel und den Palästinensern betrifft – unter Barack Obama eine Neuauflage zu erleben, nimmt man die Zusagen Mitchells ernst: Sie laufen darauf hinaus, dass Washington der Auffassung der israelischen Regierung zu folgen bereit ist, wonach der einstige arabische Teil Jerusalems nicht als besetztes Gebiet betrachtet wird und dass die israelische Zusage eines Siedlungsstopps für die Westbank, in der zunächst weiter gebaut werden soll, für höchstens sechs bis neun Monate Zustimmung findet.

Für die Westbank scheint es nur internationale Proteste, Distanzierungen und Äußerungen des Bedauerns zu geben, während von den USA die Annexion Ost-Jerusalems vom Sommer 1980 endgültig anerkannt wäre. Sie würden hier die unter die seit Jahrzehnten verfolgte Doppeldeutigkeit den endgültigen Schlusspunkt setzen: der Annexion die Anerkennung zu verweigern, aber den Siedlungs- und Wohnungsbau in und um Jerusalem stillschweigend hinzunehmen. Bis dahin jedoch scheint der Weg noch lang zu sein: Der neue israelische Botschafter in Washington, Michael Oren, hat berichtet, dass er Behauptungen, beide Staaten würden in einer Phase der Krise stehen, mit den Worten zurückgewiesen habe, die US-Administration habe die Fortsetzung der Siedlungspolitik nicht verurteilt, sondern lediglich bedauert⁷.

Wenn man weiß, dass bei ihrer Errichtung nur vierzig Prozent in staatlicher Lenkung und Finanzierung liegen, dass also „der Rest“ von privaten Bauherren in Auftrag gegeben und abgewickelt wird, wobei sie sich auf den infrastrukturellen Beistand des Staates im Straßenbau, bei der Installation von Versorgungsleitungen sowie bei

öffentlichen Diensten wie der Förderung von Kindergärten und Schulen verlassen können, wird endgültig klar, dass Israel auf seinem politischen Gestaltungsmonopol in den palästinensischen Gebieten zu beharren gedenkt. Wäre es anders, würden Politik und Justiz dem nationalen und dem internationalen Recht die gebührende Geltung nicht verweigern und – wie von Experten der israelischen Menschenrechtsorganisation „Yesh Din (Es gibt ein Recht)“ betont – dem orchestrierten, systematischen und gewaltigen System der Landnahme einen Riegel vorschieben⁸. Doch im Gegenteil: Bei einer Begegnung im August hat Netanyahu die Sprecher der Siedlerbewegung laut Sitzungsprotokoll mit den Worten beruhigt: „Man muss mit Klugheit agieren“⁹. Die Verachtung für die Geltung des Rechts hat längst auch die das israelische Innenleben erreicht, wie jüngst ein linker Neigungen unverdächtiger Kommentator beklagt hat¹⁰.

Da die Palästinenser und die arabischen Staaten, die von der US-Administration und von Europa zu „Schritten der Normalisierung“ gegenüber Israel aufgefordert worden sind, auf den Ostteil Jerusalems schon aus religiösen Gründen nicht verzichten können, wird der Konflikt periodische Neuauflagen erleben, solange die Grundlage der internationalen Nahostpolitik – der eklatante Widerspruch zwischen rhetorischem Anspruch und versagenden Mitteln seiner Durchsetzung – nicht konsequent überprüft wird. Das Gipfeltreffen im Juli 2000 in Camp David ist nicht an unterschiedlichen Vorstellungen zur Regelung des palästinensischen Flüchtlingsproblems gescheitert und auch nicht an der Festlegung der Grenzen – hier wären Kompromisse möglich gewesen –, sondern an ausgebliebenen Vereinbarungen über die Zukunft des „Heiligen Bassins“ – der Altstadt, dem Zionsberg, dem Ölberg und dem Garten Gethsemane: Nach den Worten Clintons bildete Jerusalem das schwierigste Problem¹¹. Schon seit langem wird Jerusalem als das dornigste aller ausstehenden Fragen bezeichnet¹². Hier entscheidet sich das politische Verhältnis der Zukunft zwischen Juden und Arabern, Israelis und Palästinensern.

Frühe Warnungen

Welche Perspektiven sind im Gespräch? Eines steht fest: Die aus politischer Verzweiflung heraus bis zum Überdruß diskutierte „Einstaatlösung“ für Juden und Araber, Israelis und Palästinenser wird sich nicht durchsetzen. Mit ihr erledigt sich auch der Hinweis (sagen die einen) oder die Befürchtung (sagen die anderen) auf die Wirkungen des sogenannten demographischen Faktors. Nachdem die palästinensischen Geburtenüberschüsse nachweislich sinken, während sie unter der ultraorthodoxen Bevölkerung Israels steigen, entpuppt sich diese auf statistische Vordergründigkeiten berufende Argumentation als eine Behauptung mit rassistischem Unterton: Juden und Araber könnten aus religiösen, kulturellen und ethnischen Gründen nicht zusammenleben. Wer so redet, legitimiert die längst existierende binationale Realität in Teilen Israels wie im Besonderen in Jerusalem und erteilt ihr für morgen eine generelle Absage. Mit anderen Worten: Er nimmt die Fortsetzung der Konfrontation unter einer sehr zweckmäßigen Vorgabe billigend in Kauf: dass sich diese Realität weiterhin die Asymmetrie der Macht perpetuiert und die jüdische Kontrolle über den größten Teil des Landes und seiner Ressourcen absichert¹³. Vor einem solchen auf Unversöhnlichkeit hinauslaufenden Ausblick hat Robert Weltsch, der Chefredakteur der in Berlin erschienenen zionistischen „Jüdischen Rundschau“, schon vor mehr als einem Dreivierteljahrhundert gewarnt:

„Palästina wird stets von zwei Völkern bewohnt sein, von Juden und Arabern. Welcher von den beiden Teilen 51 Prozent und welcher 49 Prozent bildet, ist prinzipiell irrelevant. Denn auf keinen Fall ist eine Entwicklung des Landes möglich, wenn eines der beiden Völker die Rechte der Majorität im Sinne einer Herrschaftsstellung geltend macht. Die Zukunft Palästinas, seine friedliche Entwicklung und Wohlfahrt, kann nur dadurch gesichert werden, dass es ein politisches System erhält, in welchem beide Völker, gleichberechtigt

nebeneinander leben, verbunden durch die natürlichen Bande des Verkehrs, der Wirtschaft, der kulturellen Beziehungen¹⁴.“

Deshalb, so der Jerusalemer Erziehungswissenschaftler Akiva Ernst Simon am Vorabend des Junikrieges von 1967, sei die arabische Frage eine jüdische Frage, und die damalige Position des „Friedensbundes (Brit Shalom)“ sei weitblickend gewesen, weil er über den nächsten Tag hinaus dachte und das Volk darauf vorbereiten wollte, ohne das Morgen dabei zu vergessen. Mit dem Politologen Shlomo Avineri und zu schweigen von Achad Haams Kritik zeigte sich Simon darin einig, dass das Judentum in Israel mehr ist als der „vulgäre Widerschein“ einer „Normalisierung“ auf der Grundlage von territorialer Zusammenführung und nationaler Unabhängigkeit¹⁵. An der derselben Stelle stellte der Schriftsteller A.B. Yehoshua „einen Zusammenhang zwischen unserem Handeln und der arabische Haltung uns gegenüber“ fest¹⁶.

Noch einmal: Worin könnte schlussendlich die Zukunft liegen, wenn die Idee zweier unabhängiger Nationalstaaten von der Verschleppung politischer Regelungen überholt worden ist? Hat sich die Behauptung des allzu früh verstorbenen Faisal Hussein aus den 1990er Jahren erledigt, dass die Palästinenser zumindest für eine historische Sekunde das Gefühl der politischen Souveränität in einem eigenen Gemeinwesen spüren müssten, bis sie für andere Optionen offen seien? Vermutlich würde Hussein dieses Richtmaß heute nicht wiederholen. Hatte der Präsident der revisionistischen zionistischen Organisation, Vladimir Jabotinsky, Anfang 1937 vor der britischen Peel-Kommission bekräftigt, dass die Kantonisierung „ein Traum und [die] Parität (...) eine Lüge“ sei, so hat sich diese Behauptung durch ihn selbst erledigt: Dass mit der Entstehung eines jüdischen Staates keine „Unterdrückung“ der arabischen Bevölkerung „verbunden“ sei¹⁷.

Nach dem praktischen Scheitern der Zweistaatenregelung scheint als einziger Ausweg ein Kondominium auf der Basis

kantonalrechtlicher Prinzipien übrigzubleiben. Der Jerusalemer Soziologe Meron Benvenisti, vormals von den einen als einflussreichster israelischer „Binationalist“ gewürdigt und von den anderen deshalb heftig angegangen, weil er frühzeitig Israels Dilemma erkannt hat, gleichzeitig ein jüdische rund ein demokratischer Staat sein zu wollen¹⁸, hat vor sechs Jahren darauf hingewiesen, dass die Chancen für ein unitarisches Modell gleich Null seien, gleichzeitig aber davor gewarnt, darüber die Diskussion über jede andere Alternative zu verhindern:

„Eine solche Alternative ist ein System, das kollektive ethnisch-nationale Rechte anerkennt und auf die Machtteilung auf zentraler nationaler Ebene mit definierten politischen Rechten für die Minderheit und bisweilen territorial-kantonale Schnitte setzt. Dieses Modell unter dem Namen ‚consociational democracy‘ hat an vielen Stellen keinen Erfolg gehabt, ist aber jüngst erfolgreich angewendet worden, um Abkommen in alten ethnisch-nationalen Konflikten wie in Bosnien durch das ‚Dayton-Agreement‘ und in Nordirland mit dem ‚Good Friday Agreement‘ zu erreichen. ... Die Option der Machtteilung und Schnitte in föderative Kantone ist dem Modell der territorialen Aufteilung in zwei Staaten näher, vermeidet aber chirurgische Eingriffe, so dass es die Existenz weicher Grenzen zulässt und eine absichtliche Verwischung schafft, welche die Beschäftigung mit symbolischen Dingen, den Status Jerusalems, die Frage der Flüchtlinge oder die der Siedler erleichtert. Die gegenseitige Anerkennung erlaubt die Bewahrung ethnisch homogener Regionen. ... Israel und die Palästinenser versinken zusammen in den Morast des ‚einen Staates‘. Die Frage ist nicht länger, ob er binational sein wird, sondern welches Modell gewählt wird¹⁹.“

Umfassender Souveränitätsvorbehalt

Nicht nur Meron Benvenisti mit seinen Veröffentlichungen des „West Bank Data Base Project“, sondern auch der damalige Vizepräsident des „American Jewish Congress“ Arthur Hertzberg bezweifelte 1983, ob die Westbank noch von Israel getrennt werden könne²⁰.

Inzwischen dürfte niemand mehr daran zweifeln, dass sich der israelische Souveränitätsvorbehalt nicht nur auf den 1980 annektierten arabischen Teil Jerusalems bezieht, sondern auch die Westbank und den Gazastreifen einschließt. Ansonsten wären weder das Vordringen israelischer Sicherheitskräfte in die Westbank, um gesuchte Palästinenser festzunehmen, noch die Abriegelung des Gazastreifens sowie die Überwachung seines Luftraums und seiner Seeseite sowie die selbstverständliche Verfügung über die Grundwasserreserven in den palästinensischen Gebieten erklärlich. Für das von einem Telefonanbieter aus Kuwait und Qatar in der Westbank eingerichtete zweite Mobilfunknetz hat Israel die Freischaltung der notwendigen Frequenzen bislang verweigert.

Der US-Sicherheitskoordinator für Israel und die Autonomiebehörde, Keith Dayton, der mit seinem Team aus US-Amerikanern, Kanadiern, Briten und Türken für die Ausbildung und den Aufbau der palästinensischen Sicherheitskräfte mit Sitz in der Nähe Ammans beklagte im Mai 2009 in einem Vortrag, dass er manchmal verrückt zu werden drohe, weil er die Lieferung jedes Ausrüstungsobjekts an die Palästinenser mit Israel absprechen müsse. Dabei ehe es nicht um Waffen und Munition, sondern um Gegenstände wie Autos und Socken. Gleichwohl zeigte sich Dayton zutiefst von dem erreichbaren Ziel überzeugt, die Zweistaatenlösung mittels seiner Order „Frieden durch Sicherheit“ durchzusetzen²¹. Den Ausführungen ließ sich nicht entnehmen, dass seinen Auftraggebern bewusst ist, dass die Erfüllung seiner Verpflichtungen das Besatzungsregime einschließlich der Fortdauer der Siedlungen stabilisieren hilft.

Nachdem innerpalästinensisch offen über alte Konföderationspläne mit Jordanien²² oder sogar über ein „Benelux“-Modell unter Beteiligung Israels, Jordaniens und Palästinas nachgedacht wird, um politisch überhaupt zu überleben²³, wird die Erkenntnis deutlich, dass für das Ende der Zweistaatenregelung auch die palästinensische Führung ein erhebliches Maß an Mitverantwortung trägt. Zwei Jahre vor dem Tod Arafats appellierte die „Palestinian National Initiative“ unter Führung von Haidar Abdul Shafi, Mustafa Barghouti und Ibrahim Dakkak an die Autonomiebehörde, die von der palästinensischen Bevölkerung im Widerstand gegen die Besatzung erbrachten Opfer in „konkrete Errungenschaften und Ergebnisse“ zu überführen sowie politische Strukturen aufzubauen, die der Freiheit, der Unabhängigkeit und der sozioökonomischen Entwicklung dienen²⁴.

Denn jenseits der üblichen Forderungen nach der Wiederherstellung der Grenzen vor dem Junikrieg 1967, nach der Etablierung der Hauptstadt Palästinas im arabischen Teil Jerusalems und im Anschluss an das Verlangen nach einer israelischen Anerkennung des prinzipiellen Rechts der Flüchtlinge auf ihre Rückkehr sind die palästinensischen Führungseliten bis heute nicht in der Lage, eine kohärente diplomatische Strategie zu entwickeln, um diese Ziele zu erreichen. Mit großer Sicherheit wird ihr Ziel eines eigenen Staates weit hinter den, zugegeben tastenden Zusagen bleiben, die Ehud Barak ihnen im Gefolge der Gespräche nach dem gescheiterten Gipfel in Camp David anbot: bis zu 97 Prozent der Westbank einschließlich eines gleichwertigen Gebietsaustausches sowie Souveränitätsrechte im arabischen Teil Jerusalems. Wenn Obama jetzt auf Endstatus-Verhandlungen dringt, dürfte seinem Druck die Berechnung zugrunde liegen, beide Parteien zu zwingen, endlich ihre politischen Karten auf den Tisch zu legen. Die arabischen Staaten können diesen Prozess insofern beschleunigen, dass sie trotz ihrer durchaus nachvollziehbaren Zurückhaltung, die häufig allzu sehr der Erwartung gleicht, dass „der Westen“ die Last der

Verantwortung für sie trägt, erste Schritte zur Normalisierung ihrer Beziehungen zu Israel einleiten. Aus Gründen ihrer je eigenen nationalen Interessen haben sie auch das Instrument der Arabischen Friedensinitiative kaum genutzt.

Die Überlegungen Benvenistis würden darauf hinauslaufen, dass – wie in Israel mehr als zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung arabisch ist –, der Wohnort für Hunderttausende Juden „Samaria und Judäa“ wäre und dass für Jerusalem ein „special regime“ zum Zuge käme. Ironischerweise würde der Gazastreifen davon ausgenommen bleiben, wenn die innerpalästinensischen Rivalitäten anhalten. Diese neue, möglicherweise unumgängliche Perspektive würde durchgreifende Revisionen des konfliktreichen Status quo mit Angeboten einer doppelten Staatsbürgerschaft für beide Minderheiten voraussetzen²⁵ und wäre dann durch die Königsrechte des gemeinsamen, infolge der demographischen Entwicklungen fast paritätisch besetzten Parlaments zusammengehalten: durch die Klammer der Haushalts-, der Außen- und der Verteidigungspolitik. Zur Entscheidung steht also nicht weniger als die Alternative zwischen dem ideologiegetränkten homogenen Nationalstaat und der Durchsetzung grundlegender politischer und sozialer Menschenrechte.

Zwingender Interessenausgleich

Ein vertraulich kursierender CIA-Bericht soll nach dem Bericht einer amerikanischen TV-Agentur vom März 2009 dem Staat Israel noch zwanzig Jahre gegeben haben, wenn er sich der Zweistaatenregelung verweigere. Denn in dem gemeinsamen Staat für Juden und Araber würden die Flüchtlinge von 1947/48 und von 1967 zurückkehren wollen, während Hunderttausende Israelis ins Ausland abwandern würden²⁶. Für den Fall der Wahrung des Staates Israel, hat die liberal-konservative Verfassungsjuristin Ruth Gavison gefolgert, werde dieser an seine arabischen Staatsbürger

um erhebliche Konzessionen nicht herumkommen: um den Verzicht auf Teile des sogenannten Rückkehrrechts, das heißt auf die unbeschränkte Einwanderungschance für alle Juden, um die strukturierte Beteiligung der arabischen Minderheit am politischen Entscheidungsprozess sowie um ein bedeutendes Maß an arabischer Autonomie in den Bereichen von Kultur und Erziehung. Israel habe Gruppen mit sehr unterschiedlichen Visionen von der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft, und da keine dieser Herausforderungen verschwinden werde, sei der Staat dazu angehalten, in seinen Institutionen, in seinen Entscheidungsprozeduren und in seinen politischen Praktiken diesen grundlegenden Fakten Rechnung zu tragen²⁷.

Der US-Präsident scheint von Planungen Abstand zu nehmen, einen eigenen für beide Seiten verpflichtenden Verhandlungs- und Friedensplan zu präsentieren. Damit wiederholen sich frühere Erfahrungen: Dennis Ross hat berichtet, dass James Baker und Warren Christopher als Außenminister George W.H. Bushs von der Befürchtung geplagt waren, in endlosen und unproduktiven Nahostgesprächen verschlissen zu werden²⁸, und das Schicksal der „Road Map“ bestätigt, dass äußerer Druck auf die israelische und selbst auf die palästinensische Politik – siehe die Aufforderung Saeb Erakats im Vorfeld des Hebron-Protokolls vom Januar 1997 an die amerikanische Delegation, es ihm und seinen Kollegen zu überlassen, die Vereinbarungen mit dem israelischen Team allein auszuhandeln²⁹, oder die Ablehnung der „Parameter“ Clintons Anfang Januar 2001 – wenig bis nichts bewirkt. Rufe nach einem Boykott Israels werden ergebnislos verhallen, obwohl seit dem Vertrag von Maastricht 1991 sogenannte Suspensionsklauseln die teilweise oder gänzliche Suspendierung von Abkommen bei groben Menschenrechtsverletzungen und krassen Verstößen gegen demokratische Grundsätze erlauben würden³⁰. Denn im Gegensatz zum Vorbild Südafrika hat das Instrument einer internationalen Ächtung in Israel weder qualitativ noch quantitativ einen nennenswerten Rückhalt und wird stattdessen den Verfolgungswahn

„Alle Welt ist gegen uns“ noch bestärken. Zu Recht hat Uri Avnery die Vermutung geäußert, dass es manchen Befürwortern im Ausland – im Gegensatz zum Appell zur politischen Umkehr an die israelische Gesellschaft, wie sie jüngst der Politologe Neve (Niv) Gordon von der Universität Beersheva in einem Gastbeitrag für die „Los Angeles Times“ gefordert hat – gar nicht um den Boykott im eigentlichen Sinne, sondern um die Auslöschung Israels gehe, letztlich also auch um seine – Avnerys – Ermordung.

Die massiven internationalen Finanz- und technischen Hilfen haben in den palästinensischen Städten der Westbank zarte Pflänzchen des wirtschaftlichen Aufschwungs sprießen lassen³¹, die mit Hilfe arabischer und westlicher Investitionen den Wohnungsbau und die Errichtung von Einkaufszentren fördern und damit den Schein einer Anpassung auf niedrigem ökonomischem Niveau erwecken, ohne die Armut unter den arbeitslosen Arbeitern auf dem Lande zu beseitigen, deren Felder von den Siedlungen weitgehend geschluckt worden sind. Ob die vordergründige Konjunktur dem „politischen Prozess“ – in israelischen Medien wird längst dieser Begriff anstelle des Wortes vom „Friedensprozess“ verwendet – der Zweistaatenregelung zugute kommt, darf bezweifelt werden. Shimon Peres' Vision vom „neuen Nahen Osten“ aus den 1990er Jahren glaubte zwar, dass fassliche ökonomische Entwicklungen den Lebensstandard der Menschen anheben und Reformen antreiben würden, so dass der Frieden ihnen gleichsam auf dem Fuß folgen würde, doch für einen palästinensischen Staat blieb in dieser Phantasie kein Platz. Indem die Regierung Netanyahu offensichtlich gewillt ist, die Entstehung eines lebensfähigen Staates Palästina durch Beihilfen zur wirtschaftlichen, verwaltungstechnisch-administrativen und sicherheitsbezogenen Reformen zu unterlaufen³², verstärkt sie die Entwicklung hin zu einem Völkerrechtsmodell, das Benvenisti angedeutet hat.

Es wird sich zeigen, ob und für welche politischen Aufgaben und Verpflichtungen sich die internationale Staatengemeinschaft auf den

Weg begibt. Zumindest gehört dazu die Antwort auf die Frage, wo denn unter den obwaltenden Bedingungen der palästinensische Staat entstehen soll. Da Obama mit den Erwartungen, alle von seinen Amtsvorgängern verschleppten innenpolitischen und globalen Probleme nachholend und gleichzeitig zu korrigieren, an seine Grenzen stößt, ist Europa mehr denn je gefragt, im Rahmen des „Quartetts“ politisch mehr Verantwortung zu übernehmen. Es reicht nicht aus, alles tun zu wollen, um die Nahostpolitik der US-Administration zu unterstützen³³, auch wenn es im diplomatischen Verkehr keine Sanktionen für unterlassene Hilfe gibt.

¹ So etwa Winfried Veit: Eine europäische Perspektive für Israel: Schlüssel zur Lösung des Nahostkonflikts, in „Internationale Politik und Gesellschaft“ 2/2003, S. 155 ff.

² Daniel Kurtzer: What Might We Expect from the Obama Administration, in „Brit Tzedek v'Shalom“ Internet-Service 11.03.2009.

³ So Andreas Ross: Zaudernde Zaungäste, in FAZ 07.09.2009, S. 12. Der Korrespondent berichtete vom Treffen der europäischen Außenminister am Wochenende in Stockholm.

⁴ The White House, Office of the Press Secretary: Remarks of President Barack Obama—As Prepared for Delivery „Responsibility of our Common Future.“ Address to the United Nations General Assembly, September 23, 2009.

⁵ Vgl. dazu zuletzt meine „Zwölf Bemerkungen und Empfehlungen zur deutschen Nahostpolitik“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.

⁶ Martin Indyk: Innocent Abroad. An Intimate Account of American Diplomacy in the Middle East. New York et al. 2009. Dazu die Besprechung des Buches in der Menüleiste „Rezensionen“ dieser Homepage.

⁷ Natasha Mozgovaya: Michael Oren still 'enjoying every minute' as Israel's envoy to U.S., in „Haaretz“ 27.09.2009. Die Autorin zitierte Oren mit dieser Bemerkung.

⁸ Roi Maor and Dror Etkes: An infrastructure of Jewish terror, in „Haaretz“ 11.09.2009.

⁹ Den Siedlern die Wahrheit sagen (Kommentar), in „Haaretz“ 03.09.2009 (Hebr.).

¹⁰ Ari Shavit: Revolutionär Mazuz, in „Haaretz“ 03.09.2009 (Hebr.). Der Autor pries die juristischen Leistungen des turnusmäßig aus dem Amt scheidenden Generalstaatsanwaltes Menachem („Mani“) Mazuz.

¹¹ President Clinton's Statement on the Peace Process, in „Washington Post“ 25.07.2000. Die Bemerkung fiel in der Pressekonferenz.

¹² So zum Beispiel von Khalil Shikaki: Peace Now or Hamas Later, in „Foreign Affairs“ (July/August 1998)4, S. 29 ff. Außerdem Hanan Ashrawi: Walking the Path of Peace: Towards Palestinian-Israeli Reconciliation. An Interview by Andrew B. Lowenstein and Tarek E. Masoud, in „The Brown Journal of World Affairs“ III(Summer/Fall 1996)2, S. 71 ff.: „Jerusalem is the linchpin of any peace process, and an equitable solution is a *sine qua non* for any lasting and just solution. ... We are committed to the idea of Jerusalem as the capital of two states, embodying the principle of sharing as the essence of peace.“ Aus israelischer Sicht die Ansprache von Yitzhak Rabin am 10.12.1994 in Oslo bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn, Shimon Peres und Yasser Arafat: „Jerusalem ... is the focus of our yearning and the embodiment of our dreams for thousands of years. ... [It is] is not subject to negotiation. Jerusalem is not a subject for bargaining. ... [It is] the beating heart of the Jewish people“ (zitiert nach Hemda Ben-Yehuda: Attitude Change and Policy Transformation: Yitzhak Rabin and the Palestinian Question, 1967–95, in „Israel Affairs“ 3(Spring/Summer 1997)3&4, S. 201 ff.

¹³ So warnend die bedeutende israelische Verfassungsjuristin Ruth Gavison: Jewish and Democratic? A Rejoinder to the „Ethnic Democracy“ Debate, in „Israel Studies“ 4(Spring 1999)1, S. 44 f.

¹⁴ Robert Weltsch: Worum es geht. Zum XIV. Zionistenkongress (in Wien, September 1925), in Hans Kohn und Robert Weltsch: Zionistische Politik. Eine Aufsatzreihe. Mährisch-Ostrau 1927, S. 169 ff. Hervorhebungen im Original. Weltsch gehörte zum „Friedensbund (Brit Shalom)“ unter Leitung von Mordechai Martin Buber.

¹⁵ Akiva Ernst Simon. The Arab Question as a Jewish Question, in Ehud Ben Ezer (ed.): Unease in Zion. Jerusalem 1974, S. 297 ff.; Shlomo Avineri: Subjugation of the Means to the State's End?, in Ben Ezer, a.a.O., S. 49 ff.; Achad Haam („Einer aus dem Volke“): Am Scheidewege. Gesammelte Aufsätze. 2 Bde., Berlin 1923.

¹⁶ A.B. Yehoshua: Let us Not Betray Zionism, in Ehud Ben Ezer (ed.): Unease in Zion, a.a.O., S. 321 ff.

¹⁷ Ich klage an! Vladimir Jabotinsky vor der Königlichen Kommission. Prag 1937, S. 11 + 36.

¹⁸ So etwa in Deutsch Meron Benvenisti: Israel's Dilemma: jüdischer oder demokratischer Staat, in „Europa-Archiv“ 20/1984, S. 625 ff. Vgl. Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten. Berlin 2000, Kap. VII.

¹⁹ Meron Benvenisti: Which kind of binational state?, in „Haaretz“ 20.11.2003.

²⁰ Arthur Hertzberg. Israel and the West Bank, in „Foreign Affairs“ Summer 1983, S. 1064 ff. Hertzberg leitete seinen Beitrag mit dem bedauernden Satz ein: „As a territorial entity, the West Bank can almost no longer be separated from Israel.“

²¹ The Washington Institute for Near East Policy: Keynote Address of Lieutenant General Keith Dayton, U.S. Security Coordinator, Israel and the Palestinian Authority. Thursday, May 7, 2009.

²² Vgl. die Initiative von König Hussein vom 15.03.1972 und den palästinensisch-jordanischen Aktionsplan vom 11.02.1985.

²³ Vgl. zuletzt die Tagesordnung der Konferenz des „Center for Democracy & Community Development“ und der „Al-Quds University“ am 30.09 bis 02.10.2009 in Jerusalem unter dem bezeichnenden Titel „Palestinian Future under Continuing Occupation and the Fading Realization of a State“.

²⁴ The Palestinian National Initiative, June 17, 2002.

²⁵ Vgl. schon Hanan Ashrawi: Walking the Path of Peace, a.a.O.: „We have no objections to having Jewish Palestinians, in as much as we have Christian and Muslim Palestinians, and that should be open within the law of naturalization and immigration.“

²⁶ Press-TV: CIA report: Israel will fall in 20 years, 13.03.2009.

²⁷ Gavison: Jewish or Democratic, a.a.O., S. 65 f.

²⁸ Dennis Ross: The Missing Peace. The Inside Story of the Fight for Middle East Peace. New York 2004, S. 98.

²⁹ Dennis Ross: The Missing Peace, a.a.O., S. 281.

³⁰ Annette Jünemann und Niklas Schörnig: Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der „Zivilmacht Europa“. Ein Widerspruch in sich?, in HSFK-Report“ 13/2002.

³¹ So zuletzt Daniel C. Kurtzer: Ehrlich sein, drohen können, in „Süddeutsche Zeitung“ 22.09.2009, S. 2, der von einem „Wirtschaftsboom“ sprach, den das Westjordanland in den vergangenen Jahren erlebt habe. In Gegensatz dazu berichtete Akiva Eldar in „Haaretz“ („A far cry from prosperity“, 16.10.2009), bei einer Konferenz des „Israel/Palestine Center for Reseach and Information (IPCRI)“ habe der an der Hebräischen Universität in Jerusalem lehrende Ephraim Kleiman darauf hingewiesen, dass die palästinensischen Gebiete wie eh und je äußerst abhängig seien von ausländischen Geberländern. Allein im Jahr 2009 würden 1,1 Milliarden US-Dollar erwartet. Während nach Angaben des „Palestinian Central Bureau of Statistics“ die Industrie in diesem Jahr lediglich um zwei Prozent gewachsen sei, würden vorrangig Grundstücke, Kommunikationstechnologien und der Dienstleistungssektor vom Wachstum profitieren. Der Abbau der Arbeitslosigkeit auf 15,9 Prozent im zweiten Quartal 2009 hänge im wesentlichen von saisonalen Faktoren ab. So hätten weniger als 50.000 Palästinenser in Israel gearbeitet. Die Palästinenser hätten nach wie vor keinen Zugang zur Zone C, die gemäß „Oslo II“ vom September 1995 sechzig Prozent der Westbank ausmacht und ausschließlich unter israelischer Kontrolle steht. Nach Angaben des Ökonomen Avishai Braverman (Universität Beersheva und gegenwärtig Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Netanyahus) liege das

Pro-Kopf-Einkommen weit unterhalb der Höhe in den ersten neun Monaten des Jahres 2000 (also bis zum Ausbruch der zweiten „Intifada“). David Brodet, als damaliger Generalsekretär des Finanzministeriums mitverantwortlich für das Pariser Protokoll vom April 1994 (vgl. Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden, Berlin 2000, Kap. V) führe, so Eldar weiter, die verbesserte wirtschaftliche Lage in der Westbank darauf zurück, dass die Märkte von Nablus und Jenin Anfang 2009 für israelische Araber geöffnet worden seien und dass es Salam Fayyad gelungen sei, die Korruption zu bekämpfen und Palästinenser zu mehr Verantwortlichkeit zu ermuntern.

³² Dazu: Supporting Palestinian Capacity Building: Israel's Efforts in Supporting the Palestinian Economy, Civil Affairs and Security Reforms. Report of the Government of Israel to the Ad Hoc Liaison Committee [for the Coordination of the International Assistance to Palestinians]. New York, September 22, 2009. Bei dem Komitee handelt es sich um die Exekutive der internationalen Geberkonferenz. Auch auf palästinensischer Seite mehren sich die Zeichen des Abschieds von der Zweistaatenregelung. So lud das „Center for Democracy and Community Development“ Ende September 2009 in Jerusalem zu einer Konferenz unter dem Titel „Palestinian Future under Continuing Occupation and the Fading Realization of a State“ ein.

³³ Andreas Ross: Zaudernde Zaungäste, a.a.O., zitiert die EU-Außenminister mit ihrer Absicht, „im Bann der amerikanisch-israelischen Verhandlungen“ zu verharren.
